

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

15.4.1921 (No. 87)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Verkaufsstelle:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptgeschäft-
leiter
G. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: Im Karlsruher und umhülltes frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die Tausendste Teilzeile über deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, mangeltweiliger Beibehaltung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlaufzeit oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Auf dem Wege zur Verständigung?

Es steht nunmehr fest, daß die deutsche Reichsregierung von sich aus unmittelbar an die Entente mit neuen Vorschlägen, die Zahlung der Reparation betreffend, herantreten wird.

Frankreich hatte die Notwendigkeit einer sofortigen Verständigung gerade in der letzten Zeit mit auffälliger Deutlichkeit betont und dabei nach bekanntem Muster eine Drohung nach der anderen gegen uns vom Stapel gelassen. Zwarweit es sich dabei auf die Unterstützung seiner Alliierten verlassen konnte, ließ sich schwer sagen. Wie eine Überraschung muß jedenfalls die Meldung wirken, daß Lloyd George im Unterhause erklärt habe, es sei kein Abkommen über Sanktionen zwischen England und Frankreich getroffen worden für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.

Es ist ohne weiteres klar, wie diese Mitteilung zu verstehen ist. Sie besagt, daß die sog. Sanktionspolitik, soweit sie auf Vereinbarungen innerhalb der Entente selbst beruht, einstweilen nur bis zum 1. Mai läuft, und ganz neue Vereinbarungen getroffen werden müssen, falls Deutschland nach Ansicht der Entente seinen Verpflichtungen nicht nachkommen ist. Nach Lloyd Georges Auffassung hätte also Frankreich keineswegs das Recht, bereits am 1. Mai von sich aus neue Sanktionen über Deutschland zu verhängen.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob diese Mitteilung Lloyd Georges, wenn sie schon früher bekannt geworden wäre, die Politik unserer Reichsregierung nicht im Sinne des Verharmens auf dem bisherigen Standpunkt der Ablehnung hätte beeinflussen müssen. Wir selber halten es jedoch für besser, wenn diese Frage erst gar nicht erörtert wird. Denn auf die Dauer kann ja auch für Deutschland aus dieser Politik der Sanktionen, d. h. der Erpressungen und militärischen Bedrohungen, kein Segen entspringen. Und man hat die Haltung des Reichsaussenministers Dr. Simons während und nach der Londoner Konferenz sicherlich falsch verstanden, wenn man glaubt, ihm habe die Ablehnung der Forderung der Entente ein besonderes Vergnügen bereitet, und er erblicke in dieser Ablehnung das vorzüglichste politische Mittel, um die Entente, d. h. vor allem Frankreich, zur Reue zu bringen.

So liegen die Dinge wahrlich nicht. Für unser ganzes wirtschaftliches und nationales Leben ist die Sanktionspolitik eine schwere Gefahr und eine dauernde Quelle der Beunruhigung und Unsicherheit. Und grundsätzlich ist jeder neue Versuch gerechtfertigt, der darauf abzielt, ein friedliches Arrangement mit der Entente zu treffen, ein Arrangement, das so beschaffen ist, daß es jene Sanktionspolitik überflüssig macht.

Mit alledem ist natürlich durchaus nicht gesagt, daß wir nunmehr nachträglich das annehmen, was wir in London abgelehnt haben. Und wenn unsere neuen Vorschläge, in deren Vordergrund übrigens die Frage des Wiederaufbaues in Nordfrankreich stehen wird, auch den Forderungen der Entente sehr weit entgegenkommen dürften, so ist doch mit einer Unterwerfung unter die Pariser Forderungen nach wie vor nicht zu rechnen. Die Hauptsache ist und bleibt ja die, daß überhaupt wieder neue Verhandlungen eingeleitet werden; in der Voraussetzung, daß auch die Entente einschließlich Frankreichs heute nicht mehr auf demselben intransigenten, eine jede Einigung ausschließenden Standpunkt von früher steht.

Die französischen Kammerdebatten über die Exportausgabe haben gezeigt, wie wenig die französischen Wirtschaftswissenschaftler mit dieser Abgabe einverstanden sind, mit dieser Abgabe, die teils einen Schlag ins Wasser bedeutet, teils ganz offenkundig auf die englischen Interessen zurechtgeschnitten ist. Ferner sind die Finanzen Frankreichs in einem derartigen Zustand, daß sie überhaupt nur auf der Grundlage einer festen Vereinbarung, die mit Deutschland über die Reparation getroffen wird, in Ordnung gebracht werden können. Die Sanktionspolitik ist jedenfalls geeignet, die französischen Finanzen noch mehr durcheinander zu bringen und die französische Wälua noch mehr herabzudrücken.

Singu kommt nun die amerikanische Politik. Gardings Vorschlag ist ja zweifellos bemüht, einen Bruch mit der Entente zu vermeiden; sie betont grundsätzlich die Auffassung, daß der Pariser Friedensvertrag, soweit er Deutschland betrifft, an sich zu Recht bestehe und auch von Deutschland erfüllt werden müsse. Allerdings im Rahmen der wirklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Und allein schon mit dieser Einschränkung befand die Vorschlag Anschauungen, die denen der Pariser Vernichtungspolitik völlig entgegengesetzt sind. Berücksichtigt man dann noch weiter die außerordentlich nachdrückliche Sprache, mit welcher die Vorschlag den Völkerbund als ein Machtinstrument in der Hand gewisser Staaten ablehnt und die Notwendigkeit eines sofortigen Friedensschlusses mit Deutschland verkündet, so wird man es begreifen können, daß die Vorschlag bei uns in Deutschland nicht ohne Verungungung, in Frankreich aber mit nur schlecht verhehltem Unwillen aufgenommen wird.

Die politische Situation ist jedenfalls wieder recht kritisch geworden. Wir stehen vor der Regelung einer Frage, die so recht eigentlich als die deutsche Lebensfrage bezeichnet werden muß. Daß die Reichsregierung dieser Frage gegenüber Initiative entwickelt und mit neuen Vorschlägen an die Entente herantritt, begrüßen und billigen wir durchaus. Und wir können demgemäß die Haltung solcher Volksgenossen, die mit dieser Initiative der Reichsregierung nicht einverstanden sind und eine Politik der geballten Faust predigen, nicht recht verstehen.

Wenn wir auch unerrückbar daran festzuhalten haben, daß wir nichts unterschreiben, was wir nicht erfüllen können, so ist es doch zweifellos im Interesse Deutschlands gelegen, wenn wir von neuem unseren guten Willen zur Verständigung beweisen, mit neuen Vorschlägen kommen und das deutsche Wirtschaftsleben von der Last der Sanktionen zu befreien suchen. Die Reichsregierung hat Anspruch darauf, bei einer derartigen Politik von einem einmütigen Volke verständnisvoll unterstützt zu werden.

Zollfreie Gedanken zum Geist unserer Zeit.

Von Oberredakteur A. Becker-Adolfsfeld.

Man braucht gerade kein politischer Psychologe zu sein, um die Würdelosigkeit in gewissen Kreisen des deutschen Volkes in einen ursächlichen Zusammenhang zu bringen mit der politischen und sozialen Unzufriedenheit weiter Volksschichten nicht nur der unteren Schichten. Von diesem unbestreitbaren Richtertum erscheint die trassische, gewissenlose Gewinnsucht neben dem Scharfsinn als Hauptangelegenheit im grellen Lichte eines unsere Zeit charakterisierenden ellen Parasitentums am Kranken deutschen sozialen Volkstörpers. Durch unsere jämmerlichen Lage geht ein beklagenswerter Zug von unersättlichem Materialismus, der die Totenruhm einer drohenden moralischen Katastrophe auf den Wangen trägt. In solchen Kreisen kennt man nicht mehr Opferbereitschaft, Seelenstärke, arbeitsfreudigen entgegengesetzten Altruismus und treue Gewissenhaftigkeit. Gott, Vaterland, Volk? — Wohl entwertete Münzen, wenn nichts „einbringt“ bei der Dollarkauf, auf der das goldbesprechende verlockende Hallali der Kupferer und Schieber immer wieder neue „Treiber“ findet.

Unsere ganze heutige soziale Atmosphäre ist erfüllt von einer unbegreiflichen Gier nach gewaltigen Verdiensten und den entsprechenden Genüssen, jeder will Gewinne einheimen, aber über Nacht zu sorgenlosen Reichümern gelangen und sich dann „drücken“ und mit Empörung entdeckt man hier eine Moralauffassung, die um so bedrückender wirkt, als sie in den meisten Fällen straflos bleibt, oder zu gelinde angefaßt wird. Während weite Kreise des deutschen Volkes infolge des verlorenen Krieges, der politischen Umwälzungen und des Pariser Diktats mit bangen Sorgen in die Zukunft schauen, führt eine über Nacht reich gewordene leichtsinnige Sippschaft ein Leben, das jeder nationalen Würde widerspricht. Braucht man sich zu wundern, wenn dann der Böbel in den Großstädten rast. Ein geistreicher Kanzelredner hat dieser Tage das treffende Wort gesprochen: Wenn der Böbel anfängt zu denken, dann denkt er logisch brutal und dann handelt er, und wenn er handelt, dann handelt er mit Faust und Keule und Messer und Revolver. Vicent Konsules! Was soll man dazu sagen, wenn in Berlin „Witwenbälle“ stattfinden mit Preisausloosungen für das schönste Frauenbein! Und wenn die Litfahsäulen bedeckt sind mit Ankündigungen von Vergnügungsfestlichkeiten, von Schlemmerdielen und Nachtjungen und daneben Zettel hängen mit Verlobungsankündigungen bis zu 50 000 M. für Aufdeckung von Norden, Überfällen und Räubereien!

Durch die Presse ging kürzlich eine Notiz, nach welcher in den Zelten des Reiches, die von feindlichen Truppen besetzt sind, eine tolle Praterlei getrieben wird. Das Leben und der äußere Luxus spielen sich täglich in Orgien ab. Da könne man das Leben in den feinen Restaurants, Schlemmerlokalen

und Kabarets kennen lernen. Fabelhaft seien die Gewinne der Export- und Importgeschäfte, der wie Bilge aus der Erde spritzenden Bankgeschäfte, die sich auf Valuta Spekulation beruhen. Jugendliche Direktoren bezögen Gehälter, mit denen sie in wenigen Jahren zu Millionären würden. Andere Händler und Fabrikanten könnten ihr Einkommen auf ebensoviele Millionen steigern, wie sie kurz vorher noch Tausende zählten. Vergnügungstreffen in die bayerisch-österreichischen Alpen im Luxusauto würden gemacht, während es im ganzen Reich an Brennstoff für Motore fehle. Wälle, Kanäle und Schlemmereien, die ganze Nächte ausfüllten, seien nichts seltenes. Und dies alles vor den Augen unserer Feinde. Aus ganz Deutschland kommen ähnliche Klagen. Die Prasser fragen eben nichts danach, daß sie den verschwenden den Überfluß den hungernden Frauen und Kindern rauben, noch weniger danach, daß sie den Feinden Deutschlands nur neue Vorwände zur Anebelung und Ausbeutung des deutschen Volkes bieten.

Ja, es „menscht“ heute mehr als sonst in gewissen Kreisen unserer Großstädte und als Hauptangelegenheit erscheinen die grimmigsten Ehr- und Kulturbegriffe der „großen Gesellschaft“. Es treten uns da Menschen entgegen, die erst im Schimmer der Wogenlampe erwachen, die nicht auf den Stätten erster Arbeit zu finden sind, wohl aber in der schwülen, feuchtraunen Atmosphäre des Moulin rouge, des Chat noir, der Bar Riche, der Klubs und Casinos, der Amorsole und Freudenhallen. owo man lebt und wirt auf eine Weise bis zum Sähnenscheit, umrauscht von Samt und Seide, umschmeichelt von Patschuli und Eau de Cologne, eine Gesellschaft von Bacchanten und Bacchantinnen, von geschwundenen Griftenzen und Schiebern in der Pose von Olympiern, die das arbeitende Getier draußen im Leben bis in den Grund ihrer Seele verachten.

Man ist leicht geneigt, in solch traurigen Erörterungen zu übertreiben und das Licht neben dem Schatten zu übersehen; ich weiß mich frei von diesen Versuchungen, aber die Wucht der bejammernswerten Zustände, die da wie Sumpfbalgen immer wieder auftauchen im Meer des Lebens, die sich nicht durch den Firnis hochtönender Kulturphrasen verdecken lassen, die regen zu erstem Nachdenken an in einem Zeitalter, in dem man künstlich den Raumel erzeugt, den gierigen Fatalismus, der jede positive Arbeit eines erhebenden, herben Idealismus ablehnt und ein gefährliches Schwärzertum heranzüchtet. Während Moses in erschauernder Anbetung auf Sinai die Gesehe empfing, tanzte Aron mit dem Vell um das goldene Kalb, und während die positiven Elemente an den ethischen und kulturellen Fundamenten einer neuen Zeit zimmern, lacht man ihrer auf der anderen Seite und lebt nach den Talmi-Paragrafen, die wie der Eiter am gefunden Körper freifen.

Alle, die das Scripp unter der läufenden Maske erkennen, und das Grollen nahender Gemitter hören, sollen in den Zeichen der Zeit ein erstes mahndes Memento erblicken, ununterbrochen mit neuem Mut der Menschheit, dem Vaterland, dem Volk eine Erziehung zu sichern, die einen jeden ohne Ausnahme in eine harte, heilsame Schule nimmt. An der Spitze fast eines jeden nationalökonomischen Werkes steht der lapidare Satz: Die materielle Kultur ist der Anfang jeder geistig-sittlichen Kultur. Der Satz trägt in seinem Kern etwas recht Abstoßendes in sich. Er stellt der Menschheit ein läppisches Armutszeugnis aus, besagt er doch nichts anderes, als die Tatsache, daß die Menschen erst, wenn sie der Sorge für das leibliche Wohl entbunden sind, einer höheren geistigen Kultur zugänglich sind. Soll das in Wirklichkeit so sein? Nein. Der Mensch muß so viel Kraft, Wille und Erkenntnis in sich haben, daß er auch über die materielle Not hinweg sich die geistig-sittliche Kultur erkämpft. Und doch hat jener Satz für einen Großteil der Menschen eine gewisse Richtigkeit. Menschen, die lebenslang von den Sorgen um das Allernotwendigste Tag für Tag geplagt werden, trotz aller Arbeit und allen guten Willens sind sehr stark der Gefahr ausgesetzt, das Empfinden für Religion und christliche Sitte zu verlieren, wenn sie sehen, wie gleichzeitig mit ihrer Not auf der anderen Seite aus dem Erfolg ihrer Arbeit Reichümern aufgehäuft und verzehrt werden. Kurzum, es ist zwar kein Gesehe, aber eine Erfahrungstatsache, daß materieller Wohlstand die Menschen für geistige und religiöse Betätigung viel empfänglicher macht, als verachtlich abgewürzte Armut. Haben sich die Dividenden- und Lebensmittelmacher das schon einmal gründlich überleut? Wieviel kostbare Menschenleben mögen schon durch sie zerstört worden sein! Das Christentum der Tat ist allerdings schwerer und entfangungsreicher als das Christentum des Schwärzertums und Weisbruders.

Politische Neuigkeiten.

Die Reparationsfrage.

Die Berliner „Germania“, deren Beziehungen zu den dem Zentrum angehörigen Mitgliedern des Reichskabinetts bekannt sind, veröffentlicht über die Beratungen des Reichskabinetts folgende Mitteilungen:

Der Vermittlungsversuch, der seitens einer neutralen Macht unternommen worden ist, um den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harding, zu einem Eingreifen für die Anbahnung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen, hat, wie wir zuverlässig hören, sowohl am Dienstag wie auch am Mittwoch das Kabinett eingehend beschäftigt. Das Kabinett hat seinerseits auch mit den Führern der parlamentarischen Fraktionen Rücksprache genommen. Zu einem abschließenden Ergebnis sind die Besprechungen des Kabinetts jedoch bis zum Mittwoch Nachmittag noch nicht gekommen. Es steht aber fest, daß im Kabinett die Auffassung vorherrscht, daß die angebotene Vermittlung nicht rückgewiesen werden darf. Es handelt sich bekanntlich hier

darum, daß die Reichsregierung dem Präsidenten Harding neue Vorschläge unterbreitet, die die geeignete Grundlage zu neuen Verhandlungen mit der Entente bieten. In welcher Richtung sich die neuen Vorschläge bewegen werden, darüber läßt sich im Augenblick noch nichts Endgültiges sagen. Es dürfte aber u. a. die Frage eines internationalen Schiedsgerichts eine große Rolle spielen. Auch darüber dürfte Arbeit bestehen, daß in dem neuen deutschen Beschluß eine bestimmte Entschädigungssumme genannt werden wird.

Zum Schluß teilt die „Germania“ mit, daß die Entscheidung des Reichstages über die ganze Angelegenheit in kürzester Frist erfolgen werde.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern erneut mit der Wiederherstellungsfrage. Die Beratung war streng vertraulich. Der Vorsitzende des Reichstagsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Stresemann konfizierte mit dem Reichsminister Dr. Simons. Die Blätter hoffen, daß Dr. Simons am Anfang nächster Woche dem Ausschuss Mitteilung über eine neue deutsche Note in der Reparationsfrage machen könne.

Über die Vorschläge Dr. Simons wird nach einem Bericht der „B. Fr.“ aus Paris gemeldet. Der erste der Vorschläge befaßt sich mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Dabei wird vorgeschlagen, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unter Verwendung von deutschen Arbeitskräften und deutschem Material erfolgen soll. Den Franzosen soll ein Gegenwert geboten werden für den Verdienstentgang. An Stelle der Reparationszahlungen soll Deutschland, dem angeblichen Entwurf zufolge, die Kriegsschulden der Alliierten übernehmen, wobei eine internationale Kriessanleihe die Gelder schaffen soll. Die skandinavische, holländische, schweizerische, spanische und amerikanische Regierung sollen bereit sein, sich zu beteiligen.

Wie dem gleichen Blatt im Widerspruch mit der Nachricht der „Germania“ aus Berlin gemeldet wird, ist beabsichtigt, das Angebot unmittelbar und nicht über den Präsidenten Harding oder die amerikanische Regierung an die Alliierten gehen zu lassen. Das deutsche Angebot zerfällt in zwei Teile, in ein Wiederaufbauprogramm und in eine feste Entschädigungssumme, deren Höhe sich ziemlich der in der Pariser Beschlüssen festgelegten Differenz nähert. Es sei auch deutscherseits keinwegs beabsichtigt, über dieses Angebot einen Schiedspruch einzuholen, sondern, es solle der Entente nur der Vorschlag gemacht werden, über die Zahlungsmodalität zu beraten. Damit würde man wieder auf den Standpunkt Erzbergers zurückgreifen, der gleichfalls die rückhaltlose Annahme der Entente und nur Verhandlungen über die Zahlungsquote vorschlug. Wie weit sich dieses Programm verwirklichen lasse, hänge davon ab, ob die deutsche Volkspartei bereit sein werde, diese Politik des Außenministers zu unterstützen. Würde sie hierzu nicht geneigt sein, müsse mit einer Umwidmung der Reichsregierung durch Eintritt der Sozialdemokratie und Ausschließung der deutschen Volkspartei gerechnet werden.

Der französische Gesetzentwurf über die Zollabgabe.

In der gestrigen Vormittagsitzung der französischen Kammer wurde der Gesetzentwurf über die Abgabe vom Verkaufspreis der in Frankreich eingeführten deutschen Waren mit 383 gegen 79 Stimmen angenommen. Ausgenommen von der Abgabe sind Waren, die vor dem 8. März bestellt wurden und auf deren Verkaufspreisen vor dem 17. März Abschlagszahlungen geleistet worden sind.

Kein englisch-französisches Abkommen über weitere Sanktionen.

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß kein Abkommen über Sanktionen mit Frankreich getroffen worden sei für den Fall, daß Deutschland für den 1. Mai seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.

Ein Wiederherstellungsplan der Arbeiter.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Reparationsplan, den die U.S.P.D., die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und die Sozialistische Partei Frankreichs in Amsterdam in den ersten Tagen des April ausgearbeitet haben. In der Einleitung zu dem Plan wird festgestellt, daß die Arbeiterorganisationen Deutschlands die Notwendigkeit der Reparation anerkannt haben und andererseits, daß die französischen und englischen Organisationen anerkennen, daß die Bewirkung des Gesamtwiederaufbaus Nordfrankreichs die Leistungsfähigkeit

Deutschlands übersteigt und daß eine Betätigung der internationalen Solidarität notwendig ist. Die Anwendung militärischer und ökonomischer Zwangsmaßnahmen wird scharf verurteilt. Die Grundlage des Friedens wird von der Revision des Versailler Vertrags und der anderen Verträge abhängig gemacht. Der Reparationsplan sieht 1. die Schaffung eines internationalen Wiedergutmachungsausschusses vor, das von den Regierungen der Entente zusammen mit Deutschland und unter Mitarbeit der Arbeiterorganisationen aller interessierten Länder gebildet werden soll. 2. In Verbindung mit diesem internationalen Wiedergutmachungsausschuss soll Frankreich ein eigenes nationales Wiederaufbaubüro errichten, das aus Vertretern der Geschädigten, der Arbeiter, sowie aus Vertretern des Staats zusammengesetzt ist. Deutschland könnte mit seinen Arbeitern und Materialien in Ausführung der Pläne des französischen Wiederaufbaubüros die Wiederherstellung von Straßen, Kanälen und Dörfern übernehmen. Die Finanzen der Wiederaufbauarbeit sollen durch auf dem Weltmarkt emittierte Anleihen geregelt werden. Die deutsche Regierung müsse sich zur Zahlung der Zinsen verpflichten. Deutschland könne zur Sebung seiner Volkswirtschaft, seiner Wälu und seiner Finanzen einen Teil dieser internationalen Anleihen dorthin überweisen erhalten. Bei der Zahlung der Pensionen durch Deutschland ist dessen Zahlungsfähigkeit in Betracht zu ziehen. Am Schluß des Planes wird den verschiedenen Parteien empfohlen, sich mit den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen in Verbindung zu setzen, den Reparationsplan möglichst in der nächsten Woche den heimischen Parlamenten vorzulegen, sowie einen Aufruf an alle sozialistischen Organisationen der interessierten Länder zu richten, zugunsten einer gemeinsamen Aktion für das Werk des Wiederaufbaus.

Amerika und Europa.

Die „Times“ melden aus Washington, der Charakter der amerikanischen Beziehungen zu Europa werde durch die Natur der europäischen Antworten auf die Jay-Note bestimmt werden. Wenn die Antworten eine Annahme des darin niedergelegten Grundgedankens bedeuteten und die Bereitschaft ausdrückten, ihn auf Jay und die anderen Fragen angewendet zu sehen, dann werde Amerika mit den Alliierten bei der Anwendung des Friedensvertrages mitwirken, dann werde es auch bereit sein, an den Arbeiten der Reparationskommission teilzunehmen und geneigt sein, die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu erörtern. Wenn jedoch die Antworten ungünstig ausfallen sollten, dann werde Amerika eine Politik der unabhängigen Aktion verfolgen, deren Ergebnisse nicht abzusehen wären. Der „Times“-Berichterstatter bemerkt, weder Harding noch seine Ratgeber hätten irgend einen Zweifel daran, daß die Alliierten den Standpunkt Amerikas annehmen würden. Die Kommission unter dem Vorsitz Knox werde dann vielleicht schon in einem Monat ihre Reise nach Europa antreten, um die Frage der Teilnahme Amerikas an der Auseinandersetzung mit den Problemen, die ohne die Vereinigten Staaten unlösbar seien, zu prüfen.

Der Reichsrat

genehmigte den Nachtragsetat für 1920, da die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles weitere hundert Millionen Mark zur Befriedigung der Ansprüche der Interalliierten Rheinlandsdominien und des Besatzungsheeres in den besetzten rheinischen Gebieten erforderlich gemacht haben. Der Etat von 1920, der bisher in ordentlichen Etat mit 39,9 Milliarden und im außerordentlichen Etat mit 69,8 Milliarden abschloß, erfährt durch den Nachtragsetat eine Erhöhung im ordentlichen Etat auf 44,6 Milliarden und im außerordentlichen Etat auf 89,8 Milliarden. Insgesamt erreicht der Etat für 1920 die Summe von 134 Milliarden Mark gegen 8,04 Milliarden im Jahre 1914. Im ordentlichen Etat ist das Gleichgewicht dadurch hergestellt, daß 2 1/2 Milliarden mehr als Steuereinnahmen eingestellt sind. Zur Deckung der Mehrausgaben im außerordentlichen Etat ist ein neuer Anleihecredit von 19,6 Milliarden notwendig. Zugänglich des bisherigen Credits ergibt sich für 1920 insgesamt ein Fehlbetrag von 86,6 Milliarden Mark.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Einem Vertreter des M.B. erklärte gestern vormittag Ministerpräsident Stegerwald über seine Ansicht zur gegenwärtigen Lage folgendes:

Zur preussischen Regierungsbildung bestehen in der Hauptsache vier Möglichkeiten: Zunächst eine Koalitionregierung von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Diese ist aus inner- und außenpolitischen Gründen das Gebot der Stunde. Gegen eine Regierungsbildung auf

dieser breiten Grundlage wurden aber in den letzten Wochen so viele Schranken aufgerichtet, daß sie Stegerwald nicht in wenigen Tagen abhauen konnte. Die zweite Möglichkeit war die alte Koalition. Von rein preussischem Standpunkt aus betrachtet, wäre sie rein parlamentarisch denkbar gewesen. Die Regierungsbildung in Preußen kann sich aber nicht völlig lösen von der Lage im Reich. Die Reichsregierung hat in den nächsten 14 Tagen im Hinblick auf die durch die Entente angekündigte Inkraftsetzung der Sanktionen einen Kampf auf Leben und Tod für das deutsche Volk zu führen. Auf den Koalitionsparteien des Reichstages laftet in der nächsten Hälfte des April eine ungeheure Verantwortung. In solcher Situation glaubt Stegerwald von moralischen Gründen absehen zu müssen. Er glaubt andererseits aber auch nicht, einer der Koalitionsparteien des Reiches, der Deutschen Volkspartei in Preußen, großartig vor den Kopf stoßen zu sollen. Eine dritte Möglichkeit zur preussischen Regierungsbildung war die gleiche Minderheitskoalition wie im Reich, die in der gegenwärtigen Stunde hauptsächlich aus innerpolitischen Gründen nicht denkbar ist. Stegerwald verwies in diesem Zusammenhang auf das in der Schwere befindliche außerordentlich wichtige Überschichtenabkommen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau und die Ausführung der Sanktionen. Bei solcher Sachlage ist es politisch nicht ratsam, sich sozial vollständig außerhalb der politisch-parlamentarischen Verantwortung zu stellen. Die vierte Möglichkeit war die Bildung eines Geschäftsministeriums mit überwiegender politisch-parlamentarischem Einschlag. Für diesen Fall hat Stegerwald von der Deutschen Volkspartei gefordert, daß sie bei der Vertrauensfrage im Gegensatz zu den anderen Koalitionsparteien nicht für die Regierung zu stimmen brauche, aber auch nicht gegen sie stimmen dürfe, sondern weisse Zettel abgeben könnte. Dieses Ansuchen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt.

Nach der „Frankf. Ztg.“ sind die Dinge gestern mittag wieder vollkommen auf dem toten Punkt angekommen. Nachdem abends zuvor die Sozialdemokraten die Forderung erhoben hatten, daß die drei Ministerien des Kultus, des Innern und der Finanzen für ihre Kandidaten vorzugehen seien, wobei Stegerwald das Innere, Hänisch das Kultusministerium, Braun das Finanzministerium erhalten sollte, und außerdem noch zwei Volksparteiler, darunter Moldenhauer (Köln), als Minister in das neue Kabinett eintreten sollten, und nachdem Ministerpräsident Stegerwald diesen Vorschlag akzeptiert hatte unter der Voraussetzung, daß das Landwirtschaftsministerium und das Hofstaatsministerium mit Beamten besetzt würden, die der Deutschen Volkspartei nahe stehen, ist gestern wiederum eine Wendung eingetreten, die alle bisher erzielten Ergebnisse in Frage stellt: Gestern vormittag berieten die Fraktionen über diesen letzten Vorschlag Stegerwalds. Die Sozialdemokraten lehnten in ihrer Fraktionsitzung die Hinzuziehung von Beamten, die irgendwie mit der Volkspartei in Verbindung stünden, unter den gegenwärtigen Verhältnissen von vornherein ab und erklärten auch die Deutsche Volkspartei, daß sie unter keinen Umständen sich mit der ihr zugedachten Vertretung begnügen könne. Im interfraktionellen Ausschuss, der nach den Fraktionsitzungen zusammentrat, konnte nach diesen Beschlüssen der Fraktionen nur festgestellt werden, daß vorläufig sich kein Weg gelte, der ein positives Ergebnis in der Regierungsbildung erschaffen ließe.

Tatsächlich biete sich jetzt, so meint die „Frankf. Ztg.“, wie die Dinge gelaufen sind, nur die eine Möglichkeit der Rückkehr zur alten Koalition. Aber die Beschlüsse des Centrums und der Demokraten, die sich von Anfang an für die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei eingesetzt hatten, versperren vorläufig auch diesen Ausweg. Möglicherweise bleibe nun nichts anderes übrig, als daß Ministerpräsident Stegerwald mit den noch im Amte befindlichen Ministern des bisherigen Kabinetts die Geschäfte weiterführt, bis irgend eine andere Lösung der Kabinettskrise gefunden wird.

Die Förderung des Wohnungsbaues.

Die Reichsregierung gibt im neuesten „Zentralblatt des Deutschen Reiches“ die Grundzüge für die Förderung des Wohnungsbaues bekannt. Es heißt dort:

Beihilfen zu den Kosten der Herstellung neuer Wohnungen dürfen nur gewährt werden, wenn die Wohnungen nach Größe, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung die notwendigen Anforderungen nicht überschreiten. In erster Linie sollen Stadtbauten mit hincinander benachbarten berandeten Wohnungen, dreigeschossige Mehrfamilienhäuser nur innerhalb der Städte oder der Landgemeinden mit städtischer Entwicklung, Bauten mit mehr als drei Geschossen sollen im allgemeinen nur unterstützt werden, wenn sie zur Ausfüllung von Baulücken dienen. Die Unterstützung bedarf der Zustimmung der obersten Landesbehörde. Wohnungsbauten auf dem Lande (in ländlichen Gemeinden und kleineren Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter) sind besonders zu fördern. Beihilfen dürfen nicht gewährt werden für Pflanz- und Rothwohnungen und für Wohnungen, die Arbeitgeber sich für ihre Arbeiter und Angestellten errichten (Werkwohnungen). In Wohnungen, die landwirtschaftliche Arbeiter sich für die in ihrem landwirtschaftlichen Betriebe Beschäftigten errichten, können jedoch nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde Beihilfen gewährt werden, wenn der Mietvertrag in seine rechtliche Abhängigkeit vom Arbeitsvertrage geknüpft wird.

Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe aus Landesmitteln ist, daß die Gemeinde sich an der Aufbringung des unrentierlichen Teiles der Baukosten beteiligt und sich verpflichtet, ihren Anteil an der Beihilfeshypothek ohne Zustimmung der obersten Landesbehörde nicht abzutreten oder zu verpfänden. Bei landwirtschaftlichen Werkwohnungen kann von einer Beteiligung der Gemeinde abgesehen werden.

Das Landesdarlehen ist nach der Quadratmeterzahl der Wohn- und Stallfläche und nach den Einheitsfäden zu berechnen. Die oberste Landesbehörde bestimmt die Größe der Stallfläche, für die Beihilfen gegeben werden können. Der Berechnung können Wohnflächen bis zu 70 Quadratmeter zugrunde gelegt werden. Ausnahmsweise, insbesondere für kinderreiche Familien, können Wohnflächen bis 100 Quadratmeter zugrunde gelegt werden.

Die der Berechnung der Landesdarlehen zugrunde zu legenden Einheitsfäden für das Quadratmeter Wohn- und Stallfläche sollen 150 bis 180 Mark nicht übersteigen, wobei zwischen Gemeinden mit ländlichen und solchen mit städtischen Bauverhältnissen sowie zwischen ein- und zweigeschossigen und drei- oder mehrgeschossigen Bauweise abzugewogen ist. Der Einheitsfaden für das Quadratmeter Stallfläche soll in der Regel nicht mehr als 70 Mark betragen. Das Darlehen darf nach näherer Anordnung der obersten Landesbehörde im Einzelfall auf eine niedrigere Summe als die nach dem regelmäßigen Einheitsfaden errechnete festgesetzt und höchstens auf das Doppelte erhöht werden.

Die Höhe des Gemeindebearlehens muß mindestens die Hälfte des Landesdarlehens betragen. Bei Wohnungsneubauten auf dem Lande kann das Gemeindebearlehen bis zur Hälfte verzichtet und das Landesdarlehen erhöht werden. Hängt der Wohnungsbedarf auf dem Lande mit dem Zugang Nichtortsansässiger zusammen, so kann auf das Gemeindebearlehen ganz verzichtet und das Landesdarlehen gleichfalls erhöht werden. Bei Wohnungen, die nach ihrer Lage in erster Reihe Arbeitern und Angestellten bestimmter Arbeitgeber zugute kommen,

Die Wunder der Sternenwelt.

Die Völker aller Zeiten und Zonen haben sich mit dem Himmel beschäftigt. Aber erst seit der Erfindung der komplizierten Instrumente, die wir der modernen Technik verdanken, seit der Erfindung des großen, weitreichenden Fernrohrs, des Reflektors, des Spektroskops und anderer feingearbeiteter Apparate hat die Astronomie einen ungeheuren Aufschwung genommen. Mit Hilfe dieser Instrumente bilden unsere Gelehrten von den Sternwarten tief hinein in den Himmelsraum und sehen ihn da, wo das bloße Auge nur vereinzelte Sterne erblicken kann, mit einer erstaunlichen Zahl von Himmelskörpern bevölkert. Von größter Bedeutung jedoch für die astronomische Forschung werden die Fortschritte auf dem Gebiet der Photographie. Wo das menschliche Auge schon längst ermüdet ist, nimmt die photographische Platte mit größter Schärfe Eindeutigkeit auf, mit deren Hilfe die Wissenschaft zu ganz erstaunlichen Ergebnissen gelangt. Wissenschaft und Technik arbeiten hier in großartigster Weise zusammen.

Herr Cheftelegraphist Waquische, Heidelberg, der vorgeritten am Abend im Eintrachtsaal in fesselnder Weise über obiges Thema sprach, verstand es, seinen Zuhörern ein Bild von dem ungefähren Stand der heutigen astronomischen Forschung zu vermitteln. Seine einleitenden Worte gaben dem Hörer einen Begriff von den ungeheuren Entfernungen, auf die man sich in diesem Wissensgebiet von vornherein einstellen muß. Die überwältigenden Wunder der Sternenwelt erschlossen aber dann die Himmelsphotographien, die der Direktor der Heidelberger Königstuhlsterne, Geh. Rat Prof. Max Wolf, dem Redner zur Verfügung gestellt hat. (Herr Waquische hat einen Unterstützungsfonds für die Heidelberger Sterne ins Leben gerufen; Spenden nimmt die Dresdener Bank entgegen.) Man sah die Beobachtungsstation auf dem Königstuhl mit ihren wertvollen Instrumenten, ferner zahlreiche Aufnahmen von Sonnenflecken, wobei der Redner auf die merkwürdigen Zusammenhänge mit Erscheinungen auf der Erde, Hagelschläge, Ausschlagen der Magnetnadel, Polarlichter, himmelwärts. Die Protuberanzen oder Flammenauswürfe gehören zu den seltsamsten Beobachtungen an der Sonnenscheibe, die der fortgeschrittenen Technik der photographischen Aufnahme verdankt werden. Hoch interessant sind die Marsaufnahmen mit den Kanälen, die so viele Vermutungen hervorgerufen haben. Von den übrigen Pla-

neten wurden Bilder vom Jupiter und Saturn gezeigt. Eine tote Welt ist der Mond, eine öde Kraterlandschaft. Ungeheure Gebirge erheben sich dort, deren Höhe nach den scharfen Schlagschatten berechnet werden konnte. Die Mondfinsternisse vom Jahre 1868 wurde in ihren verschiedenen Phasen gezeigt, ferner verschiedene Kometen, deren Auftauchen die abergläubige Menschheit von jeder mit banger Furcht erfüllte. Den tiefsten Eindruck hinterließen jedoch, außer den Spiralnebeln die Aufnahmen der Milchstraße, die ein Sonnenmeer für sich im Schweben abnungsvolle Schauer von der Unermeßlichkeit des Weltalls wehen. Der ausverkaufte Saal folgte den Ausführungen des Redners mit größter Aufmerksamkeit und dankte ihm am Schluß durch herzlichen Beifall. G. R.-r.

Marcell Salzer.

Aus einem unverfälschten Quell — so scheint es wenigstens — glücklicher und beglückender Stimmung sprudelte Marcell Salzer auch am Dienstag wieder seine heiteren, frohlichen, utigen und witzigen Geschichten mit einem Temperament, mit einer Lustigkeit, ja Ausgelassenheit über den, selbstverständlichen, nicht besetzten Saal hin, daß das lachlustige Publikum im Handumdrehen im Banne dieses beneidenswerten Humoristen war. Man hat schon so viel über Salzer gesagt und geschrieben, seine Kunst und ihre Technik analysiert, man wird doch nie ganz das Rätsel seines auftrübenden Wortes in Worten ausdrücken können, weil es sich um den komplizierten Dramatismus einer Humor durchleuchteten und Humor ausstrahlenden Persönlichkeit handelt. Salzer besitzt den untrüglichen Instinkt der Komik, ein Instinkt, der ihn mit sicherem Blick den charakteristischen Ton, die nur andeutende und doch so wichtigende Note, die berechtigte Geste finden läßt. Und darüber lacht und blüht, spricht und glüht ein Augenpaar, in dessen Spiel und Sprache die ganze Kraft seines Humors in gesteigertem Maße konzentriert ist. Er besitzt auch das Geheimnis des Tempos in allen Abstraktionen vom breiten Largo bis zum feurigen Presto. Er kennt die Wirkung des Ritardando und den steigenden Effekt der Pauken. Das Programm brachte eine Fülle bekannter und neuer Darbietungen der beliebtesten und unvorstellbarsten Dichter. Wilhelm Busch, Mosogger, Peter Altenberg, Schöndorfer, Glasbrenner u. a. waren mit köstlichen Proben ihrer feineren Muse vertreten. Der Künstler wurde von seinem Publikum, das in bester Laune war, mit herzlichem Beifall überschüttet. G. Keller.

...in die Festsitzung einer Beihilfe davon abhängig gemacht werden, daß die Arbeitgeber sich an dem unrentablen Teile der Herstellungskosten der Wohnungen angemessen beteiligen.

Zur Sicherung der Darlehensforderung ist an dem Baugrundstück eine Hypothek zugunsten einer von der obersten Landesbehörde zu bestimmenden Stelle zu bestellen (Beihilfshypothek), doch kann bei Ein- und Umbauten in vorhandenen Gebäuden auf die Eintragung einer Beihilfshypothek verzichtet werden.

Die Gesamterstellungskosten und die Mieten der mit Beihilfen unterstützten Wohnungen sind behördlich nach Anordnung der obersten Landesbehörde festzusetzen. Dabei ist auf eine angemessene Erhöhung der Mieten gegenüber den Mieten gleichwertiger Wohnungen vor dem 1. August 1914 Rücksicht zu nehmen.

Die Mieten sind alle fünf Jahre nachzuprüfen und erforderlichenfalls nach der Lage des örtlichen Mietmarktes neu festzusetzen. Zwanzig Jahre vom Tage der Festsetzung ab wird der Wert des Hauses endgültig festgesetzt. Der Unterschied zwischen den Herstellungskosten und dem endgültig festgesetzten niedrigeren Werte gilt als verlorener Zuschuß. Der Rest des Beihilfedarlehens ist mit vier vom Hundert zu verzinsen und mit eins vom Hundert zu tilgen.

Übersteigt bei einer Veränderung des Preises der Veräußerungspreis den Unterschied zwischen den Gesamterstellungskosten und dem Beihilfedarlehen, so ist der Mehrbetrag zur Tilgung des Beihilfedarlehens zu verwenden. Bei wiederholten Veränderungen werden die bei früheren Veränderungen zurückgezahlten Beträge angerechnet. Hat der Eigentümer nach Feststellung der Herstellungskosten Aufwendungen für Bauten, Umbauten oder sonstige dauernde Verbesserungen des Grundstücks gemacht, so ist ihr Betrag den Herstellungskosten zuzurechnen.

Gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Deutsche Beamtenbund haben beim Reichsernährungsminister gemeinsam Protest dagegen erhoben, daß bei der Neuordnung der Getreidewirtschaft für das neue Wirtschaftsjahr die Zwangswirtschaft aufgehoben oder auch nur ein Teil des Brotgetreides zum Verkauf freigegeben werde, da dies eine erhebliche Verteuerung des Brotes zur Folge haben würde. Die Verbände fordern Festhalten an der Zwangswirtschaft des Brotgetreides und eine Verschärfung der Kontrolle. Sollten diese Forderungen unberücksichtigt bleiben, so lehne der Verband jede Verantwortung für die dann unausweichlichen Lohn- und Gehaltsforderungen und die daraus sich ergebenden Kämpfe ab.

Schwere innere Erschütterung Englands.

Die Stimmung in England ist, einer Londoner Meldung der „Fr. Pk.“ zufolge, äußerst gedrückt. Die radikale Strömung schwoll an. Zahlreiche Gewerkschaften schlossen sich der Aktion des Dreibundes an. Die gemäßigtere Führerschaft vertrete durch den Parlamentarischen Ausschuß der Trade Unions, die Parlamentarier der Arbeiterpartei und deren Nationaldeputierte, versuchen eine letzte Vermittlung. Wahrscheinlich ist jedoch keine Lösung möglich ohne den Pool-Gedanken, den die Bergwerksbesitzer ablehnen.

Die Politik der Vergewaltigung und Neutralität.

Der französische Gesandte Bédarride in Wien gab gestern beim österreichischen Bundeskanzler Mahr im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, den gegenwärtig auf den Anschluß an das Deutsche Reich abzielenden „Umtrieben“ ein Ende zu machen, so würde die französische Regierung die Intervention für Österreich einstellen und die Reparationskommission wird in ihrer Befugnis vollkommen wiederhergestellt werden. — Die Vertreter der englischen und italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung des französischen Vertreters mit dem Bemerkten an, daß ein Zurücktreten Frankreichs von der Intervention für Österreich das Ende dieser Aktion bedeuten würde.

Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus Wien meldet, kam es gestern mittag nach dem Bekanntwerden der französischen Note in der Anschlußfrage zu großen Demonstrationen. Tausende von Menschen protestierten gegen dieses Vorgehen der Alliierten.

Kurze polit. Nachrichten.

Die bayerische Einwohnerwehr. Im bayerischen Landtag wurde die Entschlossenheit des Staatsaufstufes für die Einwohnerwehr für das Rechnungsjahr 1919 mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen und Kommunisten, die für 1920 mit allen gegen die der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen.

Kommunistische Scheusale. Der früher in Essen tätig gewesene sozialdemokratische Parteisekretär Kimmeler wurde, so schreibt die „Freiburger Volkszeitung“, bei den Unruhen auf der linken Rheinseite von den Kommunisten ermordet. Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, wurde er beim Sturm auf die Besche Rheinpreußen gewaltsam aus dem Hause geholt und mißhandelt, bis er starb. Eine Bestie in Menschengestalt, die auch noch ein Leib war, schlug ihm mit einem Brettstück den Schädel ein. Als der Witzhandelte schon leblos am Boden lag, trampelte ihm noch jugendliches kommunistisches Verbrechergesindel auf dem Kopf herum, der zu einer unformlichen Waise geschlagen war.

Die französische Kammer hat in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung bei der Besprechung des Budgets das Kapitel über die Sanktionen genehmigt und beschlossen, daß die Beratung des Kapitels über die „befreiten“ Gebiete am Montag nachmittag beginnen solle.

Die Weltpolitik Amerikas. Die „Times“ melden aus Washington, die Note der Vereinigten Staaten an die Alliierten in der Pan-Asien-Frage könne als Schlüssel der gesamten auswärtigen Politik der Regierung Harding angesehen werden.

Die amerikanischen Militärs. Die American Dairy Cattle Co. in Chicago, die den ersten Transport von amerikanischen Militärs nach Deutschland besorgt hat, hat einem Berliner Blatt mitgeteilt, daß der nächste Transport zwischen dem 5. und 9. April Baltimore verlassen werde, und daß in regelmäßiger Folge weitere Transporte von je 750 Tieren für Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember vorzugehen seien.

Badische Uebersicht.

Reichsminister Dr. Koch

weilte gestern nachmittag in Karlsruhe. Er besprach mit den Mitgliedern des badischen Staatsministeriums die politischen Tagesfragen und sonstige Angelegenheiten der inneren Politik. Es hat sich dabei weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen, auch über die in den einzelnen Fragen zu ergreifenden Maßnahmen, ergeben.

Badischer Landtag.

Neue Eingänge. Dem badischen Landtag sind in der letzten Zeit wieder zahlreiche Gesuche zugegangen, darunter solche des badischen Städteverbandes, des Verbandes der mittleren Städte Badens und des badischen Gemeindeverbandes über das Landesfeuerwesen. Der Verband badischer Grund- und Hausbesitzervereine hat ein Gesuch gegen den Entwurf des neuen Ertragssteuergesetzes, der Bund badischer Arbeitgeberverbände ein Gesuch über die Abhaltung von Betriebsrätekursen eingereicht. Weiter haben Gesuche eingereicht die Vereinigung der Sekretariatsvorsteher der Gemeindegrundbuchämter Badens über das Verfahren bei den Gemeindegrundbuchämtern, das Crisistatell für das selbständige Handwerk und Gewerbe über den Schirmhandel und die Schirmreparaturen durch das Wandergewerbe, die Zahlstelle Karlsruhe des deutschen Buchhändlerverbandes über die Buchhändlerarbeiten für die staatlichen Bibliotheken. Unter den weiteren Gesuchen, unter denen sich eine Reihe auf Wünsche von Einzelpersonen bezieht, befindet sich noch ein solches der Grundherren und Stammgutsbesitzer zum Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des § 68 der badischen Verfassung betr. die Aufhebung der Fideikommiss.

Zum Beamtenvertretungsgesetz.

Man teilt uns mit: Zwischen Vertretern der süddeutschen Beamten-Landesverbände (Bayern, Württemberg, Hessen, Baden) fand am 9. April in München eine Besprechung über die Frage der gesetzlichen Beamtenvertretung statt. Es wurde dabei eine Einigung im Sinne der Grundzüge des Entwurfs des Bayerischen Beamtenbundes erzielt.

„Hat Baden zu Eisenbahntarifserhöhungen nichts mehr zu sagen?“

* Von ausländischer Stelle wird uns geschrieben: Unter dieser Überschrift erschien am 7. April im „Bad. Beobachter“ eine Auslassung über das Vorgehen bei der Durchführung der neuen Tarifserhöhungen, die für den Güter- und Tierverkehr bereits am 1. April d. J. in Kraft getreten sind und für den Personenverkehr am 1. Juni in Kraft treten sollen. Darin wird u. a. ausgeführt, die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe sei in der Frage genau so vor ein fait accompli gestellt worden wie der bad. Eisenbahnrat und das bad. Finanzministerium. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Wenn auch aus den in dem Artikel angeführten Gründen eine vorherige Anhörung des bad. Eisenbahnrates nicht möglich war, so war die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe, die Mitglied der ständigen Tarifkommission ist, bei der Ausarbeitung der Vorschläge für die Erhöhungen der Güter- und Tierpreise in gleicher Weise beteiligt wie die übrigen Direktionen und Generaldirektionen der Reichseisenbahnen. Dagegen war sie nicht Mitglied des zur Ausarbeitung der Vorschläge für die Erhöhung der Personentarife eingesetzten Ausschusses. Der Herr Reichsverkehrsminister hatte übrigens der Einberufung des bad. Eisenbahnrates noch vor der Sitzung des vorläufigen Reichseisenbahnrates zugestimmt; im Einverständnis mit dem badischen Finanzministerium mußte davon aber wegen der Kürze der Zeit und mangels ausreichender Unterlagen hinsichtlich des Personenverkehrs abgesehen werden.

Was die Zusammensetzung des vorläufigen Reichseisenbahnrates, der die fraglichen Tarifserhöhungen eingehend beraten hat, anlangt, so gehörte ihm vor allem Vertreter sämtlicher Landes-eisenbahnräte an, darunter aus Baden 4 Mitglieder und 4 Stellvertreter.

Nach Artikel 93 der Reichsverfassung hat die Reichsregierung für die Reichseisenbahnen zur beratenden Mitwirkung in Angelegenheiten des Eisenbahnverkehrs und der Tarife mit Zustimmung des Reichsrats Beiräte zu errichten. Durch die Bildung des hienach einzuführenden endgültigen Reichseisenbahnrates sowie der Bezirks-eisenbahnräte und die Bestimmung der Zuständigkeiten dieser Interessenvertretungen dürfte die Angelegenheit wohl in Wäde endgültig geregelt werden.

Falsch geleitete Anträge der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene richten, so wird uns aus Berlin geschrieben, noch immer Eingaben an das Reichsarbeitsministerium, obwohl die Entscheidungsbeugnis in allen die Versorgung oder die soziale Fürsorge betreffenden Einzelfällen bei den Versorgungsbehörden oder den Stellen der sozialen Fürsorge liegt. Durch den Umweg über das Reichsarbeitsministerium wird die Bearbeitung der Eingaben verzögert und ein unnötiger Mehraufwand an Arbeit und Kosten verursacht.

Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird deshalb in ihrem eigenen Interesse erneut angeraten, Anträge, Gesuche und Beschwerden in Renten- und Pensionsangelegenheiten an das Versorgungsamt, in dessen Bereich sie wohnen, in Unterstützungsangelegenheiten und Fragen der Beratung an die für ihren Wohnort zuständige Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zu richten.

Die kommunistischen Pläne in Konstanz.

In der gestrigen Nummer des sozialdemokratischen „Volkswillen“ wird eine Liste aller berlingischen Personen veröffentlicht, die bei einem kommunistischen Parteitag in Konstanz sofort verhaftet oder sonst unschädlich gemacht werden sollten. Es werden genannt alle drei Bürgermeister, der gesamte Stadtrat und sämtliche Vorstände der Fraktionen mit Ausnahme der kommunistischen, ferner die Funktionäre aller Reichsparteien, die Funktionäre der sozialdemokratischen Partei, die Funktionäre aller Konfessionen, die Redakteure der konstanzer Zeitungen, die Spitzen der militärischen Behörden, der Landgerichtspräsident und der erste Staatsanwalt. Nach dem kommunistischen Plan sollen verhaftet werden: Bahn, Post, Telegraph, Rathaus, Bezirksamt und sämtliche Banken. Als Geiseln werden eine Anzahl hiesiger Persönlichkeiten betrachtet, u. a. alle drei Bürgermeister, ferner die Abgeordneten Amann und Großhans, verschiedene Stadträte, die Redakteur der hiesigen Zeitungen und verschiedene Persönlichkeiten der bürgerlichen und mehrheitlich kommunistischen Partei. Die Kommunisten hatten auch bereits die Funktionäre für die einzelnen Betriebe bestimmt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mosbach, 12. April. Die Kreisversammlung bewilligte einen Kredit von bis zu 15 Millionen Mark zur Erbauung des Interkraftwerkes. Ferner wurde ein Kredit von 8 Millionen Mark für die Errichtung der Kreis-Haushaltungsschule mit Säuglings- und Altersheim in Mosbach bewilligt.

LPD. Bretten, 13. April. Die Getreidelagerhausgenossenschaft beschloß in der letzten Generalversammlung, mit einem Aufwand von 190 000 M. ein Getreidelagerhaus zu erstellen. — Die Feldmäuseplage hat in der Brettenener Gegend derart überhand genommen, daß der Gemeinderat beschloß, eine systematische Bekämpfung der Schädlinge durch Auslegen von Thypusbazillen vorzunehmen.

Gernsbach i. Murgtal, 13. April. Die bisher schon von der Stadtgemeinde aus eigenen und Mitteln der privaten Wohltätigkeit vorgenommene Schülerfütterung wird nach den gemachten Zusagen von der Quätereinigung weitergeführt.

Offenburg, 14. April. Die „Offenburger Zeitung“ erfährt aus dem Brückenkopfbetriebe Kehl, daß die Franzosen dort zurzeit eine Aufnahme sämtlicher Fahrzeuge, Fahrräder und eine Abführung von Vieh und Pferden vornehmen. Der Zweck der Maßnahme ist unbekannt.

Freiburg, 14. April. Die Intendantenstelle für das hiesige Stadttheater ist heute zur Neubesehung ausgeschrieben worden.

Freiburg i. Br., 14. April. Der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika, Generalmajor a. D. Theodor Lentwein, ist in der vergangenen Nacht im 72. Lebensjahr in Freiburg, wo er seit zwei Jahren wohnte, gestorben.

Badische Gemeindegau.

LPD. Pforzheim, 13. April. Der Bürgerausschuß bewilligte für die Nachforderung für die aus der Schweiz bezogene Dampfturbine im Elektrizitätswerk den Betrag von 1 290 000 Mark. Für den Anschluß an die Murgstromversorgung wurden zu den früher schon genehmigten 810 000 M. weitere 660 000 M. zugestanden.

LPD. Freiburg, 13. April. Der Bürgerausschuß befähigte sich gestern mit dem Verkauf der im Jahre 1903 erworbenen ostasiatischen Kunstgegenstände. Darunter befinden sich zwei Buddhafiguren, eine Bronzefigale und zwei Käfen. Die Gegenstände sollen zu einem möglichst hohen Preis verkauft werden, um dadurch einen Reservefond zu schaffen, der dem Verkauf einheimischer Kunstwerke dienen soll. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit gegen 5 Stimmen angenommen. Weiterhin stand zur Debatte die Vorlage über den Betrieb des Stadttheaters in der Spielzeit 1921/22. Hierbei wurde über den Theaterbetrieb vier Stunden lang debattiert. U. a. wurde auch die Befehung des Intendantenpostens durch den Oberstadtssekretär Ehlgöb kritisiert. Der für das Stadttheater notwendige Nachtragskredit von 160 000 M. wurde bewilligt.

St. Blasien, 13. April. Bei der Bürgermeisterwahl unterlagen sämtliche vier, ursprünglich von der Wahlkommission in Aussicht genommene Kandidaten und als wilder Kandidat wurde Redakteur Rutter von Ulm, ein geb. St. Blasien, gewählt.

Stetten a. T. M., 13. April. Sämtliche drei Wahlgänge in der Bürgermeisterwahl sind resultatlos verlaufen, sodas nun von Amtswegen ein Bürgermeister eingesetzt werden wird.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Wohnungsnot. In einem vom Bund der deutschen Architekten veranstalteten Vortragsabend sprach der Vorstand des hiesigen Wohnungsamts, Herr Dr. Dommer, am Dienstag im Rathausaal über die Ursachen unserer Wohnungsnot. Er ging dann in beachtenswerten Ausführungen auf die Karlsruher Verhältnisse ein. Danach belief sich im Jahre 1914 die Zahl der Wohnungen auf 31 400, gegenüber 33 400 von heute. 1920 waren es 2400 Wohnungseinheiten, jetzt aber 5000, vollständig wohnungslos sind 1400 Familien. Die Zahl der Zusammenwohnenden beträgt 1100, sodas also 2500 Wohnungen dringend notwendig sind. Die Zuschüsse von Reich, Staat und Gemeinden reichen zum Wohnungsbau nicht aus; es muß auch das Privatkapital herangezogen werden. Den vom Abg. Dietrich vertretenen Vorschlag, etwa 20 Milliarden Papiermark lediglich zu Bauzwecken herzustellen und die Tilgung dieser Summe durch eine Abschreibung von 1% Prozent zu sichern, begrüßte der Redner als einzigen großzügigen Plan. Nach Herrn Dommer sprach Herr Architekt H. Lösch über Bauzuschüsse, Wohnabgabe, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Möglichkeit des Bauens. Er forderte eine durchgreifende Wohnabgabe, um aus dem Wohnungselend herauszukommen.

Die Tätigkeit des Fortbildungsinstituts der Dentisten in Karlsruhe. Das im Oktober 1920 hier eröffnete Fortbildungsinstitut der Dentisten kann jetzt auf den ersten zurückgelegten Jahrgang zurückblicken, der seinen Besuchern viele wertvolle Anregungen brachte. Das Institut ist aber nicht nur ein Prüfstein für seine Besucher, sondern hat sich auch zur weiteren gründlichen Durchbildung als sehr glückliche Einrichtung erwiesen und wirkt außerdem auch noch in sozialer Hinsicht, da es der minderbemittelten Bevölkerung und den Ortsarmen gute Gelegenheiten zu der so notwendigen Zahnpflege bietet. Wie notwendig die Einrichtung dieses Instituts war, geht wohl am besten daraus hervor, daß alle Klagen für dieses und für das nächste Jahr besetzt sind, ebenso die abgublenden Musterluxe, in denen die selbständigen Dentisten neue Methoden usw. kennen lernen und üben. Die Institutsleitung, die in den Händen des Dentisten Kimmich liegt, geht von der Ansicht aus, nur eine beschränkte Teilnehmerzahl zuzulassen, um dadurch die beste Ausbildung zu erzielen. Interessenten steht das Institut auch in den Ferienmonaten zur Verfügung offen.

Verhaftet. Dem LPD zufolge ist der frühere Direktor der Badischen Siedlungs- und Landbank Bernhard Abele, im Zusammenhang mit der Hagenschlagangelegenheit, verhaftet worden.

Der Fernsprechverkehr zwischen Hamburg und Karlsruhe liegt zurzeit sehr im argen. Selbst dringende Gespräche hiesiger Firmen kommen vielfach bis zum Geschäfts-schluss nicht zustande, obwohl sie morgens in der Frühe angemeldet worden sind. Der Grund liegt offenbar darin, daß diese Gespräche über Frankfurt oder Mannheim geleitet werden. Da die hiesige Geschäftswelt durch diese Verzögerungen großen Schaden erleidet, hat die Handelskammer Karlsruhe an die zuständige Stelle das dringende Ersuchen gerichtet, eine direkte Leitung Karlsruhe-Hamburg zu erstellen, bis zur Errichtung dieser Verbindung aber bei den in Frage kommenden Verbindungsämtern darauf hinzuwirken, daß Karlsruhe bei der Verteilung der Verbindungen nicht benachteiligt wird.

Staatsanzeiger.

Der Herr Reichspräsident hat dem Oberregierungsrat Wilhelm Schurr bei der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst mit Ruhegehalt erteilt.

